



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

49. Ratssitzung vom 31. Mai 2023

1850. 2023/189

**Postulat von Martin Busekros (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 05.04.2023:
Fringe Benefits, Integration eines Abonnements zur Nutzung eines stationsgebundenen Veloverleihsystems bei den Mobilitätsbeiträgen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Busekros (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1668/2023): Mit dem Postulat fordert die Grüne-Fraktion, dass zusätzlich geprüft wird, ob auch ein Abonnement für ein Veloverleihsystem zur Verfügung gestellt werden kann, wie das beispielsweise die Zürcher Kantonalbank (ZKB) für ihre Mitarbeitenden tut. Momentan bietet sich PubliBike an, aber natürlich sind wir offen für andere stationsgebundene Systeme, falls sich die Ausschreibung des Veloverleihsystems ändert.

Hans Dellenbach (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 19. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Es gibt drei Gründe für die Ablehnung des Postulats. Erstens ist die Fringe-Benefits-Weisung bereits sehr komplex und überladen. Es werden Mehrkosten in der Höhe von 10 bis 14 Millionen Franken auf die Stadt zukommen. Es braucht eine Grenze und keinen weiteren Millionenausbau der Lohnnebenleistungen. Sogar wenn man einen weiteren Ausbau befürwortet, ist das Postulat zweitens der falsche Weg. Das Personalrecht sieht mit Artikel 59^{ter} vor, dass ein Beitrag an die Kosten der Mobilität «mit anderen umweltfreundlichen Transportmitteln» erlaubt ist. Eine solche Prüfung wird im Umsetzungsprojekt, also in den Ausführungsbestimmungen festgeschrieben. Dafür braucht es kein Postulat. Drittens stört uns, dass das Postulat von einem «stationsgebundenen Veloverleihsystem» spricht. Wir wissen, dass es in Zürich nur eines dieser Systeme gibt: PubliBike. Das Postulat verlangt also, dass eine weitere staatliche Subventionierung für ein halbstaatliches Unternehmen festgelegt wird, während andere private Anbieter von vornherein ausgeschlossen werden. PubliBike wird bereits über sehr viele Kanäle subventioniert: durch den Erlass von Gebühren, Sponsoring und die Zurverfügungstellung von Parkplätzen. Jetzt soll vorgegeben werden, dass die Stadt ihren Mitarbeitenden ein Abonnement für dieses Veloverleihsystem zur Verfügung stellen soll, das bereits auf städtischen Parkplätzen steht. Ist es die Aufgabe des Staates, private Initiativen zu behindern und zu benachteiligen? Wir sagen klar Nein dazu.

Das Postulat wird mit 77 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



2 / 2

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat